

Berliner Tageblatt

Nr. 275

und Handels-Zeitung

53. Jahrgang

Verleger: Rudolf Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Wirtschaftslage in der Türkei.

Von unserem Korrespondenten
Franz Carl Endros.

Konstantinopel, 6. Juni.

Als vor Jahrhrerten die Entdeckung des Seeweeges nach Indien den großen arabischen Karawanenhandel, der von China kommend den Schwanen- und Mittelmeer zutraf, die Eröffnung des Seewegs nach Ostindien, die Bedeutung des Ostindienhandels auf den Seeweg nicht wesentlich berührt. Seine unerschöpfliche geographische Lage ermöglichte ihm die Anpassung an alle Modernisierungen der Verkehrswege. Auch heute ist die wirtschaftliche Lage der Türkei auf diese neue Verbindung gleichmäßig mit der wirtschaftlichen Entwicklung Südrusslands und Transsibiriens über Konstantinopel verknüpft.

Erst heute wird das Schicksal Konstantinopels als Zentrale des Vorderasienhandels problematisch. Es scheint für den Orient eine Periode der wirtschaftlichen Dezentralisation anzuknäheln, die vielleicht zu neuer Zentralisierung führen wird. Eine weltwirtschaftlich höchst bedeutende Tatsache, deren frühzeitiges Erkennen von großem Wert sein kann.

Die wirtschaftliche Dezentralisation ist eine Folge der politischen Entfaltung Vorderasiens, die große Wirtschaftskräfte, wie den Irak, Palästina, Syrien und Arabien von der Türkei abgetrennt und diese auf die eigentliche kleinasiatische Halbinsel, also auf ein Gebiet von der Größe des Deutschen Reiches vor 1914, mit sehr spärlicher Bevölkerung beschränkt hat. Konstantinopel selbst und das kleine Stück europäischen Vorlandes bis Adrianopel kommt noch hinzu.

Mit demunderrückter Fähigkeit hat das türkische Volk mehr als zehnjährig Krieg ertragen und ist schließlich aus seinem Kampfe um die Existenz erfolgreich, wenn auch selbstverständlicher Weise verwundet, hervorgegangen. Die Wirtschaftskraft des Landes ist durch die zerstörenden Wirkungen des Krieges einerseits, durch den Abbruch der griechischen, die Wirtschaft außerordentlich wichtigen Bevölkerung andererseits, auf dem Niveau des Krieges zurückgegangen. Die Zabaft- und Delphindustrien betragen nur mehr 10 bis 15 Prozent der Vorkriegszeit, landwirtschaftliche Produktion und Exportwert existieren überhaupt nicht mehr. Beim besten Willen der türkischen nachgebenden Kreise sind diese Zustände — Eegnungen des Krieges — nicht aus der Welt zu schaffen.

Die sehr nachlässige türkische Presse, die in diesen Fragen eines freien Wortes sich befleißigt, beobachtet das Zurückgehen des Konstantinopeler Handels mit großer Besorgnis. Der „Matin“ konstantinopeler schreibt über den heiligen Wallfahrtsort Saloniki: „Hier (in Konstantinopel) beruht man sich dessen, das man dort (Saloniki) erwidert. Die Magazine, die sich auf der Rue Venizelos (einer bedeutenden Saloniker Handelsstraße) öffnen, schließen sich in Pera; dort baut man neu auf, hier hängt man Plakate über leergevordene Verkaufsstellen in immer größerer Anzahl aus.“ Die einfache Statistik des Schiffverkehrs im Hafen von Konstantinopel läßt die Krisis nicht erkennen. Es haben 3.908 Schiffe im November und Dezember 1923 den Hafen besucht gegen 414 im gleichen Zeitraum 1922. Das Maßgebende ist aber die Zahl der Schiffe, die Waren aus- oder eingeladen haben, und das stellen sich die Zahlen für den Zeitraum 1923 auf nur 208 gegen 324 im gleichen Zeitraum 1922.

Konstantinopel weist heute einen durchaus klauen Geschäftsgang auf. Das Geld ist auch hier rar. Die großen Handels- und Geschäftspäuser, die in griechischen Händen liegen, wie überhaupt die Kapitalisten (Griechen und Armenier) scheuen sich davon, ihr Kapital in der Zukunft in den Strom der Wirtschaft zu werfen. Der türkische Staat selbst braucht das vorhandene Geld zur militärischen Sicherung gegen die imperialistischen Bedrohungen verschiedener fremder Mächte und außerdem dazu, um das Allernotwendigste von dem Veiens, was der Krieg zerstört hat, wirtschaftlich aufzubauen. Das wird viele Jahre dauern. Wirtschaftspolitisch bedeutet das einen Feinempoverlust, die Wirtschaften zu bauen, die den Krieg im eigenen Lande nicht erlebt hat und mächtig auftritt, ausniht.

Für deutsche Geschäftsleute und Unternehmer ergibt sich aus allem die Notwendigkeit, als große Ueberschätzung der Erfolgsmöglichkeiten und zu großem Optimismus zu unterlassen. Es kann nicht oft genug gesagt werden, daß, mit Ausnahme von Beträgen auf Regierungsgeltern, deren Bewertung Sache der Vertragschließenden bleibt, der mittlere deutsche Geschäftsmann vorsichtiger prüfen und nicht sein Ohr den hier schreienden Projektoren und Schönfärbereien laihen soll. Die Türkei macht wirtschaftlich eine sehr ernste und schwere Zeit durch, deren Endergebnis gar nicht vorauszusehen ist.

Besonders zu warnen sind die jungen Schwärmer, die ohne oder mit ganz wenig Geld hierherkommen und so lange hoffnungsreich durch die Straßen eilen, bis sie ohne einen Heller den furchterlichen Glend hilfloser Armut und Enttäuschung anheimfallen. Gefährliche Beispiele sind an der Tagesordnung. Es gibt hier keine Arbeit für noch so tüchtige, die auf gut Glück hierher kommen, aber zahlreiche Arbeitslose, für die niemand sorgt. Es gibt hier keine Romantik, wie einst in Wildwest oder im quartier latin de Paris, aber es gibt eine erbarmungslose Wirklichkeit, die zermalmend über jeden weichen Traum und jeden unberechtigten Optimismus dahinjagt.

Nach der Absetzung Millerands.

Heute Verlesung der Demissionsbotschaft.

Die Vorbereitung der National-Verammlung.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 11. Juni.

Nun endlich ist der nationale Bloch wirklich besiegt. Auch nach dem Rücktritt Poincarés wäre die Gefahr groß geblieben, wenn der Präsident Millerand mit einer Regierung hätte arbeiten müssen, deren Überlegungen er nicht teilen konnte. Deshalb mußte die Entwidlung zu ihrem logischen Abschluß geführt werden. Jetzt ist gegeben, was unermüdlich war; das weitere wird sich in den vorgeschriebenen Formen abspielen. Der Präsident Millerand wird heute vormittag seine Rücktrittserklärung abgeben. Die Zeitungen, die im Laufe der Nacht informiert werden, teilen mit, daß diese Erklärung nur kurz sein soll. Um 11 Uhr kommen die Minister zur letzten Beratung zusammen, die unter Millerands Vorsitz stattfindet. Um 3 Uhr nachmittags verlesen die Vorstehenden der beiden Kammern, Doumergue im Senat und Painlevé im Palais Bourbon, die Demissionsbotschaft. Danach werden die Schungen geschlossen; eine Debatte darf diesem geschäftlichen Vorgang nicht folgen. Von dieser Stunde an ist Alexander Millerand wieder ein einfacher Bürger Frankreichs. Die „Matin“ erklärt, wird der abgesetzte Präsident wahrscheinlich schon am Donnerstag nach seiner Villa in Versailles überziehen, da er bisher eine Wohnung in Paris nicht gefunden hat. Als Millerand in das Schloß einzog, überließ er seine Wohnstube in der Avenue des Villiers seinem Freunde und Vertrauten Perrier, der in der Kammer des nationalen Blochs das Sagen Millerands genannt wurde. Nur drei Zimmer im Schloßhof hat sich der Präsident zu seinem persönlichen Gebrauch reserviert. Es sollen fast als Bureau dienen, denn Herr Millerand geduldet seine Büroposten Paris sofort wieder aufzunehmen. Zur politischen Tätigkeit, wie gemeindet, will er sich nicht drängen, aber er wird einem Ruf ins Parlament Folge leisten, wenn ihm ein Wahlkreis angeboten wird. Diese Euentualität wird sehr wohl eintreten. Durch den Tod des Abgeordneten Belleret in ein Wahlkreis im Departement Marne et Moselle frei geworden. Nach Wahl Millerands ist dort nicht zu zweifeln. Die Wiederwahl des Nationalen Blochs im Palais Bourbon wird dann einem Führer haben und die Mehrheit unter Perrier einem gefährlichen Gegner. Die letzte Anrede, die Millerand als Präsident gehalten hat, waren Dankesworte für die Minister. Sie ist kurz und verdient vergednet zu werden. Millerand sagte: „Meine lieben Freunde! Soßen Sie mich von gongen Sorgen meiner Dankbarkeit, Stundend geben. Mit einer fähigenden Bereitwilligkeit haben Sie sich an der Seite meines Freundes Francois Morsel gestellt, weniger, um die Sache eines Präsidenten Zeugnis abzulegen, sondern vielmehr, um für einen Präsidenten gewesen sind, als um die Verfassung vor einem schweren Angriff zu schützen. Wenn auch die Kammer trotz Ihrer Bemühungen und trotz der Stimmen farbender Republikaner unsere Warnungen nicht gehört hat: das Land hat vernommen, was wir ihm sagen wollen. Das Beispiel von Luchsfelig, Mut und Gesehrtheit, das Sie gegeben haben, wird nicht verloren sein. In diesem Lande des gefunden Respektensbedürfnis ist es immer das wichtigste, recht zu haben. Wir dürfen die Zukunft ohne Unruhe erwarten.“

Die Presse beurteilt im ganzen das Ereignis ruhiger als zu erwarten war. Einige Blätter sprechen von einem „Staatsstreik“ und von einem „revolutionären Vorstoß“ („Victoire“, „Gaulois“). Die Radikalen werden von den Zeitungen des alten nationalen Blochs als die „Diener der Volkswirtschaft“ und die „Stimmen des Fortschritts“ bezeichnet („Figaro“, „Gclair“ und andere). Aber die Feindseligkeiten äußern sich weniger erbittert als in den letzten Tagen vor der Entschidung. Der „Figaro“ schreibt: „Das geschriebene Recht gilt nicht mehr. Weder den Ermäßigten von morgen“ „L'Echo de Paris“ wird gesagt, daß sich die Folgen des getragenen Boges im Innern Frankreichs und in der äußeren Politik bald zeigen werden. „Der Rücktritt des Präsidenten“ sagt das Blatt, schließt die Krise nicht ab: sie läßt die Krise erst beginnen. Gestern sangen nur die Kommunisten im Palais Bourbon die Internationale, morgen wird Perrier mitbringen.“ („Der „Matin“ verlegt die entscheidende Kammerung mit einer Verlesung in den Revolutionslogen. Der Oberdeputierter Lauganne schreibt: „Die letzten Grandbenfen sind beiläufig. Der Berg hat gewonnen, und der Chef des Staates ist niedergerückt.“ Einige Blätter äußern sich vorfichtig, wie der „Petit Parisien“ und das „Petit Journal“; andere, die noch vor wenigen Tagen anders schrieben, suchen jetzt mit erntmaliger Anpoßungsfähigkeit Anschluß an die neue Wehrheit. Die „Journale Industrielle“ betont die wachsende Verantwortung der Radikalen und Sozialisten. Ihre wichtigste Aufgabe ist die Durchführung der europäischen Wirten sein, die schon seit so lange auf sich warten lassen. Mit bemerkenswerter Würde äußern sich heute die radikalen Zeitungen, die am härtesten den Kampf gegen Millerand geführt haben. „Ceuvre“ schreibt: „Wir haben nicht mehr zu sagen, da Millerand seine Demission gibt. Es ist nicht unsere Art, den Besiegten zu schmäheln, aber eine Lehre muß aus den Ereignissen gezogen werden: Frankreich duldet das persönliche Regime nicht, in seiner Form und unter seinen Umständen.“ „Schloß“ die „Nouvelle“, „Der Millerand ist beiläufig, nicht von einer Partei, sondern durch den Willen des Landes. Wir wollen jetzt nicht das flüchtige Blatt der Geschichte umfalten, daß die Überlieferung „Nationaler Bloch“ hat und daran denken, wie der nächste Präsident aussehen muß.“ Das härteste Urteil steht in „L'Quotidien“. „Vor wenigen Tagen noch hätte die Demission nur das Ende einer Präsidentenzeit bedeutet; heute nach dem langen Jögern Millerands, ist wie das Ende des Mannes Millerand.“ So der „Quotidien“.

Mit der Frage des Nachfolgers haben sich gestern unmittelbar nach der Sitzung der Kammer die Führer des linksradikalen und radikalsozialistischen Führer beschäftigt. Es werden die Berechnungen für die Verammlungen der Linksparterie besprochen, die heute und morgen stattfinden sollen, und in denen nicht bloß der Name des gemeinsamen Kandidaten bestimmt wird, sondern auch die Zusammenlegung der Kartellversammlung. Nach dem „Petit Parisien“ soll die Absicht bestehen, die Wahl der Teilnehmer an der Versammlung auf die Abgeordneten zu beschränken, die gestern für den Verammlungsantrag gestimmt haben, und die 294 Senatoren, die zu den Linksparterien gehören. Ein letzter Beschluß ist aber erst heute zu erwarten. Alle Kandidaten werden heute nur Painlevé und Doumergue genannt, die beide ihre Kandidaturen haben. Ein radikales Blatt schreibt: „Wir sind bloß etwas mehr für Painlevé, weil bei einer Wahl Doumergues Herr Poincaré als Senatspräsident droht.“ (Siehe auch Seite 2.)

Eröffnung des Konvents in Cleveland.

Die Möglichkeit einer „dritten Partei“ unter Lafollette.

Gefährdung der Wahl Coolidges.
(Funktelegraph unseres Korrespondenten.)

New-York, 11. Juni.

Der republikanische Parteikonvent zur Aufstellung der Kandidaten für die Präsidentschaft und die Vizepräsidentschaft wurde gestern in Cleveland eröffnet. Den Vorsitz führte das Mitglied des Repräsentantenhauses, Theodore Burton aus Ohio. Seine Eröffnungsrede betonte sich hauptsächlich in einer Darstellung der Leistungen der republikanischen Regierung in der Zeit seit Harding's Amtsantritt. Burton wies auf den wachsenden Wohlstand des Landes hin, das mit der ganzen Welt in Frieden lebe. Den Demokraten warf er vor, daß sie keine Fähigkeit zu einer Politik zeigten, die der Förderung des Friedens dienlich sei. Den Fragen der inneren Politik sich zuwendend, sagte der Redner, die republikanische Partei sei Gegenin der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung. Sie haben und in der Washingtoner Regierung. Die Behauptung, gebendend Waße eingekippt habe, wies er nachdrücklich zurück. Von außenpolitischen Fragen berührte Burton den Dawes-Beich und den Konflikt mit Japan. Zu erstem stellte er die ungeschwächte Hilfe Amerikas, auch mit Anleihen, Japan angedeutet, sagte Burton, daß Europa geeinigter wäre. Was Japan angeht, sagte Burton, es wäre besser gewesen, den Konflikt der Regierungen zu vermeiden. Unter den Konventionsdelegierten sind hauptsächlich die Isolationisten, die die Frage der Kandidaten für die Vizepräsi-

dentchaft im Gange. Es ist bisher noch zu keiner Einigung auf eine bestimmte Persönlichkeit gekommen, die dem Konvent an erster Stelle vorgeschlagen werden soll. Gestern wurde Dawes, heute Hoover die meisten Äußerungen gegeben.

Gestern ist der Entwurf der republikanischen Plattform veröffentlicht worden. Er ist vorwiegend in innerpolitischen Inhalten, verpricht die Fortführung von Coolidges Sparmaßregeln, Steuerreformen, Fortführung des Alkoholverbots. In außenpolitischer Hinsicht wird erneut bekräftigt, daß Amerika dem Völkerbund fern bleibt, jedoch zur Teilnahme am Völkerbund im Haag bereit sei. Sodann bekräftigt das Programm eine allgemeine Regelung der europäischen Schulden auf gleicher Basis wie mit England. Es könne aber keine generelle Streichung der alliierten Schulden erfolgen. Drittens wird die bestimmte Absicht der Republikaner ausgesprochen, eine neue internationale internationale Konferenz einzuberufen, sobald diese durch die Fortführung energischer Bemühungen zur Ausbreitung der amerikanischen Märkte im Ausland verfehlen.

Der Konvent findet in einer besonders erbaulichen riesigen Halle statt, welche die Stadt Cleveland mit einem Kostenaufwand von sechs Millionen Dollars errichtet hat. Rieferrundfunkermöglicht es Millionen im ganzen Lande, die Verhandlungen zu verfolgen. Präsident Coolidge und seine Frau in Washington verfolgen über eigene direkte Radioverbindung mit verstärkter Lautstärke. Der Konvent ist voraussichtlich nur von kurzer Dauer, da Coolidge abfuhrt konfirmiert. Es wird ein sehr ruhiger Verlauf der Beratungen erwartet, da fastlich Ueber-einstimmung herrscht.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird die Gründung einer neuen dritten Partei binnen einer Woche eine vollgültige Tatsache sein. Senator Robert Lafollette hat dem Konvent in Cleveland gestern eine eigene Plattform vorgelegt, deren